

## URGENT ACTION

# PROTESTIERENDE ANGEKLAGT

## PHILIPPINEN

UA-Nr: UA-050/2020-1 AI-Index: ASA 35/2617/2020 Datum: 29. Juni 2020 – ar

### 21 Protestierende aus Quezon City

**Die Polizei in Quezon City löste am 1. April eine friedliche Protestveranstaltung gewaltsam auf. Bewohner\_innen der wegen der Corona-Pandemie abgeriegelten Stadt hatten Hilfe von der Regierung gefordert. 21 Protestierende wurden festgenommen, inhaftiert und fünf Tage später auf Kautions entlassen. Sie müssen voraussichtlich am 28. August vor Gericht erscheinen. Die Anklagen müssen fallengelassen werden, da sie internationalen Menschenrechtsnormen zuwiderlaufen bzw. unverhältnismäßige Strafen nach sich ziehen. Zudem sollten die Behörden den Gewalteinsatz durch die Polizei untersuchen.**

Am 1. April versammelten sich zahlreiche Einwohner\_innen des Stadtteils San Roque von Quezon City an einer Straße, an der ein Privatunternehmen Hilfsgüter für Betroffene der COVID-19-Quarantäne ausgeben sollte. Als dies nicht geschah, entschieden sich die Anwesenden, friedlich zu protestieren und öffentliche Hilfsleistungen zu fordern. Die Quarantäne war am 17. März als Maßnahme gegen die COVID-19-Pandemie verhängt worden. Seitdem ist Quezon City abgeriegelt und Millionen Menschen können ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen. Die Polizei löste die friedliche Protestveranstaltung gewaltsam auf und nahm 21 Protestierende fest. Diese Personen müssen nun mit einer Reihe von Anklagen rechnen, darunter „rechtswidrige Versammlung“ und „Kooperationsverweigerung während eines Gesundheitsnotstands“. Insgesamt drohen den Betroffenen bis zu 20 Monate Haft und eine Geldstrafe von jeweils 1,1 Mio. Philippinischen Peso (knapp 20.000 Euro).

Angehörige der Gruppe *Save San Roque Alliance* berichteten, dass Protestierende gewaltsam auseinandergetrieben wurden, wobei die Polizei Holzstöcke einsetzte. Bisher wurden keine Schritte eingeleitet, um die Vorwürfe über den Gewalteinsatz durch die Polizei zu untersuchen. Die philippinischen Behörden sind den Forderungen der Anwohner\_innen vielmehr mit Gewalt, Inhaftierung und potenzieller Strafverfolgung begegnet.

Amnesty International fordert Regierungen auf, keine Gefängnisstrafen wegen Verstößen gegen Auflagen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit zu verhängen, da dies im aktuellen Kontext eine unverhältnismäßige Maßnahme darstellt. Die Anklagen verstoßen gegen internationale Menschenrechtsnormen bzw. ziehen unverhältnismäßige Strafen nach sich. Die Verhängung von Haftstrafen verschlimmert voraussichtlich während der Pandemie die Gefahr für die öffentliche Gesundheit, da in Gefängnissen und anderen Haftanstalten die Gefahr der Verbreitung von COVID-19 höher ist. Zudem könnten sich viele der Haftstrafen als nicht notwendig und nicht verhältnismäßig erweisen.

### HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Nach Angaben der Gruppe *Save San Roque Alliance* versammelten sich am 1. April zahlreiche Anwohner\_innen von San Roque, einem Bezirk in Quezon City, an einem Abschnitt der EDSA, einer der Hauptschnellstraßen in Metro Manila. Sie hatten die Mitteilung erhalten, dass hier Hilfsgüter verteilt werden sollten. Als keine Hilfsgüter verteilt wurden, entschieden sie sich dazu, eine Protestveranstaltung durchzuführen, um öffentliche Hilfen von der Kommunalregierung zu fordern.

Laut Polizeiberichten und Angaben zivilgesellschaftlicher Organisationen forderten Polizist\_innen die Anwesenden zunächst dazu auf, das Gebiet zu verlassen. Dann wandten die Sicherheitskräfte Gewalt an, um die Versammlung aufzulösen und nahmen Anwohner\_innen fest, die sich weigerten zu gehen. Die *Save San Roque Alliance* gibt an, dass die Polizei bei der gewaltsamen Auflösung der Veranstaltung Holzstöcke einsetzte. Ein Sprecher der Gruppe gab an, dass sich unter den Betroffenen ein Mann und sein Kind befinden, die nur vor Ort waren, weil sie finanzielle Hilfen von der Firma des Mannes abholen wollten, die ebenfalls an der EDSA liegt.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-321 · E: ua-de@amnesty.de · W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX · IBAN: DE23370205000008090100

AMNESTY  
INTERNATIONAL



Insgesamt wurden 21 Protestierende in der Polizeizentrale von Quezon City in Gewahrsam genommen. Nach Angaben der *Save San Roque Alliance* wurden Verwandte stundenlang daran gehindert, mit den Inhaftierten zu sprechen oder ihnen Nahrung zu bringen. Fünf Tage später, am 6. April, wurden die 21 Festgenommenen wieder freigelassen. Sie hatten eine Kautions von 367.500 Philippinischen Pesos (ca. 6.600 Euro) hinterlegt, die gespendet worden waren. Angeklagt sind sie wegen „rechtswidriger Versammlung“, „Widerstand gegen die Staatsgewalt“, „Verbreiten von Fehlinformationen“, „Kooperationsverweigerung während eines Gesundheitsnotstands“ und „Behinderung des Straßenzugangs“.

Das Völkerrecht erlaubt zum Schutz der öffentlichen Gesundheit Einschränkungen des Rechts auf friedliche Versammlung. Diese Einschränkungen müssen aber notwendig und verhältnismäßig sein. Deshalb muss die Polizei gewaltlose Maßnahmen anwenden, bevor sie zu Gewalt greift. Gewaltvolle Maßnahmen darf sie nur dann anwenden, wenn andere Maßnahmen nicht wirksam sind oder wenn absehbar ist, dass andere Maßnahmen nicht wirksam sein werden. Das Verbot von Folter und anderweitiger Misshandlung ist notstandsfest – es kann auch im Notstand nicht gelockert werden.

Deshalb sollten Menschen nicht inhaftiert werden, nur weil sie gegen Einschränkungen im Zuge der COVID-19-Pandemie verstoßen haben. Die Verhängung von Geldstrafen kann auf bestimmte Personengruppen ganz besonders negative Auswirkungen haben, auch wenn die Verordnungen für alle Menschen gleichermaßen gelten. Wenn Behörden Geldstrafen für die Zuwiderhandlung gegen die Einschränkungen verhängen möchten, müssen sie die Umstände von Personengruppen berücksichtigen, die überproportional davon betroffen sein könnten, und Alternativen in Betracht ziehen, die eine unverhältnismäßige Belastung durch die Strafen minimieren.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Bitte lassen Sie alle Anklagen gegen die 21 Einwohner\_innen von San Roque fallen. Die Anklagen widersprechen entweder dem Völkerrecht oder tragen Strafen, die für die betroffene Gruppe unverhältnismäßig sind.
- Leiten Sie bitte unverzüglich eine unabhängige und unparteiische Untersuchung der Gewaltanwendung durch die Polizei ein. Die Gewaltanwendung könnte als Folter oder anderweitige Misshandlung gelten. Bitte stellen Sie die Verantwortlichen in fairen Verfahren vor Gericht.
- Stellen Sie bitte sicher, dass alle Bewohner\_innen von San Roque unverzüglich angemessenen Zugang zu Nahrung, Medizin und anderer Grundversorgung haben und dazu befähigt und darin unterstützt werden, sich an die Quarantänemaßnahmen zu halten.

#### **APPELLE AN**

##### **POLIZEICHEF**

PBGEN Ronnie S. Montejo  
Director, Quezon City Police District  
21 Makadios Street, Diliman  
Quezon City, 1101 PHILIPPINEN  
(Anrede: Dear Police Brigadier General Montejo /  
Sehr geehrter Herr Montejo)  
**Fax: (00 632) 8925 8326**

**E-Mail: [dpcrdqcpd@yahoo.com](mailto:dpcrdqcpd@yahoo.com). In Kopie:  
[prosecutoroffice123@gmail.com](mailto:prosecutoroffice123@gmail.com)**

#### **KOPIEN AN**

##### **BOTSCHAFT DER REPUBLIK PHILIPPINEN**

I. E. Frau Maria Theresa Dizon-De Vega  
Luisenstr. 16  
10117 Berlin  
**Fax: 030-873 2551**  
**E-Mail: [info@philippine-embassy.de](mailto:info@philippine-embassy.de)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **28. August 2020** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-050/2020** (ASA 35/2127/2020, 10. April 2020)

#### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Drop all charges against the 21 residents of San Roque village, as the charges are either contrary to international human rights law or carry penalties that will disproportionately affect this group.
- Launch a prompt, independent and impartial investigation into the police's use of force, which may amount to torture or other ill-treatment, and bring anyone responsible to justice in a fair trial.
- Ensure that all residents of San Roque have prompt and adequate access to food, medicines and other basic needs, and are empowered and supported to comply with the community quarantine.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



## **HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG**

Die Anwohner\_innen von San Roque gaben an, dass sie protestierten, weil sie keinerlei öffentliche Hilfen erhielten. Die Kommunalregierung von Quezon City hat dem widersprochen und angegeben, die Liste der Empfänger\_innen überprüfen zu wollen, um sicherzugehen, dass niemand ausgelassen wird. Währenddessen laufe die Ausgabe von öffentlichen Hilfen weiter. Die Regierung hatte im Zuge der COVID-19-Krise Finanzhilfen in Höhe von 200 Milliarden Philippinischen Pesos (ca. 3,6 Milliarden Euro) für besonders Betroffene angekündigt, von denen viele im Zuge der Ausgangssperren ihre Einkommensquellen verloren haben. Die finanziellen Hilfen umfassen auch eine monatliche Auszahlung von 100-158 US-Dollar (ca. 91-144 Euro) an Bedürftige, doch bei der Ausgabe der Gelder soll es zu Verzögerungen und anderen Unregelmäßigkeiten gekommen sein. Am 19. Juni gab die Regierung bekannt, dass wegen dieser Unregelmäßigkeiten Ermittlungen gegen knapp 300 Kommunalbeamte\_innen eingeleitet worden seien.

